

Zur Organisation von Partei - über die Verordnung von Gemeinschaft und die asymmetrische Herstellung von Konsens

Schelling, Philip

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schelling, P. (2019). Zur Organisation von Partei - über die Verordnung von Gemeinschaft und die asymmetrische Herstellung von Konsens. In S. Amling, A. Geimer, A.-C. Schondelmayer, K. Stützel, & S. Thomsen (Hrsg.), *Jahrbuch Dokumentarische Methode. Heft 1/2019* (S. 161-181). Berlin: centrum für qualitative evaluations- und sozialforschung e.V. (ces). <https://doi.org/10.21241/ssoar.65693>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Zur Organisation von Partei – Über die Verord- nung von Gemeinschaft und die asymmetrische Herstellung von Konsens

1. Unbekannte Verflechtungen – Einführung

Die Zugehörigkeit zu einer Partei ist in Deutschland fast schon zwingende Voraussetzung für eine parlamentarische Tätigkeit, denn gerade die Parteien sind es, die bei der Auswahl von Parlamentskandidat*innen und bei der Rekrutierung von Personal für öffentliche und innerparteiliche politische Ämter eine Monopolstellung besitzen und damit politische Karrieren nicht nur vorbereiten, sondern maßgeblich mitbedingen und gestalten (vgl. etwa Jun 2013, S. 121). Die Parteimitgliedschaft ist allerdings lange nicht die einzige Voraussetzung für einen Weg ins Parlament. Denn schon der Nominierung für ein potentielles Mandat geht oftmals eine langwierige innerparteiliche ‚Ochsentour‘ voraus. Wer eine Karriere im Parlament anstrebt, durchläuft zuvor viele Schnittstellen, an denen Andere parteiintern entscheiden, ob der Weg fortgesetzt werden kann oder nicht. Vorentscheidungen für Listenplätze etwa werden durch Parteigremien gefällt; und selbst einem Direktmandat geht ein parteiinternes Abstimmungsverfahren voraus. Man kann also sagen, dass die Erlangung eines Mandats vor allem einer Bewährung innerhalb der Reihen der eigenen Partei bedarf.

Da es keinen Ausbildungsberuf zur Politiker*in gibt, sind die Anforderungen an die politische Praxis der Abgeordneten kaum reguliert und so werden Qualifikationen und für die Praxis relevante Wissensbestände zu einem wesentlichen Teil erst in der parteipolitischen Tätigkeit selbst erworben (vgl. Siri 2012, S. 118). Auf dem Weg zum parlamentarischen Mandat kommt den Parteien also auch hinsichtlich einer politischen ‚Ausbildungs- und Lernstätte‘ eine herausragende Rolle zu. Welche Parteikultur allerdings jenseits von formalen Mitgliedschaftsregeln in diesen parteiinternen ‚Lernstätten‘ entsteht und wie der Werdegang in der Partei die spätere politische Praxis der Abgeordneten bedingt, ist für Außenstehende kaum einsehbar. Handlungen und Äußerungen der

einzelnen Abgeordneten stehen einerseits im Kontext der Gesamtorganisation Partei (also vor dem Hintergrund der parteiprogrammatischen Linie, anderer Abgeordneter der gleichen Partei, des Personal- und Wähler*innenklientels), während sie andererseits – in Abhängigkeit vom Bekanntheitsgrad und von der wachsenden Popularität der Abgeordneten – auf diese Organisation durch Zuschreibungs- wie auch Repräsentationsprozesse miteinwirken. Interne Aushandlungsprozesse von Autorisierungen verschiedenster Parteiakteur*innen für eine externe Parteirepräsentanz lassen sich nicht (allein) über einen Blick auf die formalen Parteistrukturen aufschließen.

Im vorliegenden Beitrag wird vor diesem Hintergrund untersucht, wie Abgeordnete in ihrer Alltagspraxis mit ihrer *Partei (bzw. deren Organisationsprinzipien)* und ihrer *Parteizugehörigkeit* umgehen. Dies geschieht insbesondere in Bezug auf die Ausgestaltung des wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisses von Abgeordneten und den dominanten Organisationsstrukturen ihrer Parteien. Dieses Verhältnis ist hinsichtlich der Erwartungen, die Politiker*innen an sich selbst und andere vor dem Hintergrund der Bedingungen der Zugehörigkeit zu ihrer Partei stellen, bislang nur wenig erforscht; vor allem mit Blick auf die Frage, wie sich diese parteibezogenen Erwartungen zur habituellen Logik der eigenen professionellen Praxis verhalten, gibt es kaum Untersuchungen.¹ Ziel ist dabei, über die Rekonstruktion von Aushandlungen auf reflexiv-theoretischer und Ausgestaltung auf handlungspraktischer Ebene durch die Politiker*innen relevante Aspekte der Beziehung zur Partei freizulegen.

Im Folgenden führe ich zunächst ein organisationstheoretisches Konzept von Partei ein (Abschnitt 2) und verbinde es anschließend mit einer subjektivierungstheoretischen Perspektive (Abschnitt 3). Nach der Klärung der theoretischen Bezüge erfolgt daraufhin die Vorstellung der Erhebungs- und Auswertungsmethode sowie die Beschreibung des Sampling (Abschnitt 4), bevor die empirischen Analysen der im Zusammenhang mit der Parteimitgliedschaft

1 Neben der „Lücke“, die sich laut Siri in der Soziologie zur Erforschung von Parteien seit der Arbeit von Robert Michels und Max Weber aufwie (Siri 2012, S. 95), sind relevante Arbeiten hierzu etwa aus dem politikwissenschaftlichen Bereich entweder rein deskriptiver Art oder beschränken sich in ihrer Befragung auf Erwartungen, Motive und Deutungen von Abgeordneten und verbleiben damit auf Ebene des kommunikativ-generalisierten Wissens, ohne eine Verbindung zur Handlungspraxis herzustellen. Eine Ausnahme bildet allerdings die Studie von Damir Softić zu „Migranten in der Politik“ (2016), in denen er Karrierewege von migrantisierten Bundestagsabgeordneten rekonstruiert und dabei auch deren Haltungen gegenüber der Partei in den Blick nimmt. Dabei rekonstruiert er eine „Politikstil“-Typik (ebd., S. 231), bei der er einen „heterodox-subversiven Aktivismus“ (ebd., S. 231ff.) und eine „orthodox-systemstabilisierenden Pragmatismus“ (ebd., S. 251ff.) unterscheidet. Mit der Kategorie des Politikstils fasst Softić „Handlungsmuster und praktische Orientierungsrahmen (...), die in Auseinandersetzung mit den Logiken des politischen Feldes geformt werden und für eine spezifische Positionierung im Feld sorgen“ (ebd., S. 231). Während der erste von ihm rekonstruierte Typ Hindernissen und Aufstiegsobstruktionen aus der Partei heraus im „Modus des kämpferischen Widerstandes begegnet“ (ebd., S. 232), akzeptiert der zweite die hierarchischen Strukturen der Partei und „richtet sein Handeln am Muster der Kooperation aus“ (ebd., S. 268).

stehenden normativen Erwartungen und ihrer Bezugnahme und Aushandlung präsentiert werden (Abschnitt 5). Abschließend werden die Ergebnisse mit Blick auf mögliche Anschlüsse diskutiert (Abschnitt 6).

2. Partei als Organisation

Parteien werden in diesem Beitrag als Sozialgebilde verstanden, die als *kollektive/ korporatistische Akteure* aus dem wechselseitigen Handeln und Interagieren der Parteiakteur*innen hervorgebracht und erklärt werden können (vgl. Wiesendahl 2013, S. 43).² Der oben skizzierten organisationalen *Formalstruktur* (vgl. Kühl und Muster 2016, S. 18f.) von Parteien mit ihren kodifizierten und expliziten Regeln hinsichtlich Mitgliedschaft, hierarchischen Positionen wie auch Statuten und Satzungen wird in der hier eingenommenen Perspektive eher eine rahmende oder ermöglichende als eine determinierende Kraft zugesprochen (vgl. Wiesendahl 2013, S. 43); als bedeutsam erachtet werden diese dann, wenn sie von Parteiakteur*innen als unabweisbar erfahren werden und Relevanz für die Praxis entfalten (vgl. ebd.). Viel mehr interessieren im vorliegenden Beitrag zwar explizierbare, aber nicht fixierte Erwartungen und Regeln der Organisation Partei, die mit einer gewissen impliziten Regelmäßigkeit auftreten und, folgt man der gängigen organisationstheoretischen Differenz, der *Informalität* zuzurechnen sind (vgl. Kühl und Muster 2016, S. 20f.). Diese analytische Unterscheidung darf allerdings nicht als Trennung zweier Bereiche verstanden werden, da auch wechselseitige Überlappungen und Beeinflussung von formell-informell und informell-formell möglich und relevant sein können.³ Diese, durch eine Strukturhaftigkeit gekennzeichnete Ansammlung eingeschliffener, aber ungeschriebener Erwartungen, wie auch Werte und Orientierungen in Organisationen lassen sich unter dem Begriff der *Organisationskultur* zusammenfassen (vgl. ebd.), verhelfen sie doch dem begrifflichen Kulturverständnis nach dazu, Sinn in organisationalen Kontexten herzustellen und zu bearbeiten. Das kollektive Handeln der Partei wird nun als „Ausfluss“ (Wiesendahl 2013, S. 43) von stetigen interaktiven innerparteilichen Prozessen verstanden, bei denen die zur Kultur geronnenen (aber potentiell auch Veränderungen unterliegenden) Werte, Normen und Orientierungsmuster wie auch Rituale und Gewohnheiten einer Partei von großer Bedeutung sind (vgl. ebd.). Die parteigebundenen Landtagsabgeordneten werden hieran anschließend als spezielle Parteiakteur*innen verstanden, die in ihrer beruflich-politischen Alltagspraxis von impliziten, habituellen Orientierungen angeleitet werden, wobei der Frage nachgegangen wird, ob und inwiefern sich diese Orientierungen in Auseinandersetzung mit der Partei bzw. entlang den im Zusammenhang mit der jeweiligen (oder auch

2 Siehe zu weiteren Parteidefinitionen Niedermayer 2013.

3 Vgl. zu diesem ‚blinden Fleck‘ etwa Friedberg (1995, S. 144).

gleichförmigen parteiübergreifenden) Parteikultur stehenden Erwartungen an die Parteimitgliedschaft entwickelt haben. Organisationsanalytisch bedeutet das gleichzeitig, über die Erfahrungen der interviewten Abgeordneten zu rekonstruieren, wie die innerparteiliche Akteur*innenvielfalt organisatorisch bearbeitet wird. Der Blick von oben auf die formalen Strukturen, wird daher durch einen mikroanalytischen Blick von unten ergänzt.

3. Ein analytischer Zugang zur Rekonstruktion von organisationsbezogenen Subjektivierungsprozessen

In ihrer theoretischen Einbettung bezieht sich diese Studie unter anderem auf die Überlegungen der Governmentality Studies (etwa Bröckling 2017) und insbesondere auf Arbeiten von Steffen Amling und Alexander Geimer (2016) zu Aneignungs- und Aushandlungsprozessen von hegemonialen Identitäts-/Subjekt-normen. Während mit ersterem Ansatz verbundene Arbeiten überwiegend hegemoniale Techniken der Selbstführung unter Zuhilfenahme der Diskursforschung untersuchen, ohne allerdings deren Wirkmächtigkeit auf Akteur*innenseite in den Blick zu nehmen⁴, geht es bei letzterem Ansatz explizit um die Frage nach der „Verschränkung von Reflexionsprozessen mit habituellen Prozessen vor dem Hintergrund [...] normativer Erwartungen“ (Amling und Geimer 2016). Im Unterschied zu einer Untersuchung gesamtgesellschaftlicher normativer Ordnungen soll im vorliegenden Beitrag mithilfe dieser Ansätze die Analyse von Normen betrieben werden, die in organisationalen Verhältnissen verortet liegen, d.h. innerhalb von Parteien zentral gestellt sind; dabei soll der Frage nachgegangen werden, welche Relevanzen diese Normen für die (partei-)politische Praxis und innerparteilichen Prozesse entfalten.

Unter den Vorzeichen von subjektivierungstheoretischen Annahmen lässt sich argumentieren, dass Individuen nie bedingungslose, vordiskursive und autonome Subjekte sind, sondern erst im Rahmen von gesellschaftlichen Wissens- Macht und Selbstpraktiken als solche hervorgebracht werden (vgl. Foucault 1994, S. 243). Als wichtigster Impulsgeber dieser Idee begreift Foucault das Subjekt nach der semantischen Doppelbedeutung des lateinischen *subiectum*, als eine unterworfenen und gleichzeitig autonom handelnde Instanz: In der Annahme von und Unterwerfung unter gesellschaftlich bereitgestellte oder auch zugewiesene und

4 Vgl. zur dieser Kritik Amling und Geimer (2016) und auch die, von Vertreter*innen einer gouvernementalen Perspektive selbst explizierte „Engführung“, dass „Gouvernementalitätsanalysen sich häufig auf die Untersuchung von Programmen konzentrieren, die Brechungen, Modifikationen, Verwerfungen, Zurückweisungen bei ihrer Umsetzung und Aneignung aber ausblenden. Die Programme erscheinen dann als Blaupausen der Wirklichkeit, die eins zu eins umgesetzt werden, und nicht mehr als Kraftfelder, die von anderen Kraftfeldern abgelenkt und durchkreuzt werden“ (Bröckling und Krassmann 2010, S. 35).

historisch wie kulturell kontingente Schemata, eines bestimmten ‚Sein-Sollen‘, subjektivieren sich die Individuen zu sozial anerkannten und durch diesen Prozess mit Handlungsfähigkeit⁵ ausgestatteten Subjekten (vgl. Foucault 1986, S. 37f.). Dieser Entstehungsprozess ist dabei insofern (auch) durch Andere bedingt, als dass Menschen die ihnen nahegelegten gesellschaftlichen Schemata oder (Selbst)Deutungsfiguren in Form eines *Selbstverhältnisses* auf sich beziehen werden bzw. auf sich zu beziehen bereit sind, „weil und indem man von anderen so verstanden wird und – in Handlungen und Selbstverständnissen – für sich verantwortlich gemacht wird“ (Ricken 2013, S. 97).

Der Subjektstatus wird dementsprechend einerseits theoretisch als ein fragiles „Produktionsverhältnis“ (Bröckling, 2012, S. 133) angesehen, dem eine besondere Zeitlichkeit⁶ inhärent ist und das auch Prozesse des Scheiterns beinhalten kann (vgl. Butler 2001, S. 121ff.). Im Spannungsverhältnis von Fremd- und Selbstführung konstituiert sich das Selbst über Modi der Subjektivierung als ein Subjekt auf begrenzte Zeit, insofern es an der eigenen Subjektivierung stetig arbeiten muss (vgl. Saar 2013). Andererseits fokussiert Subjektivierungsforschung verkürzt gesprochen nicht nur die Untersuchung von Subjektidealen im Rahmen von unterschiedlichen Ordnungen und den damit zusammenhängenden Subjektanforderungen, sondern auch die Art der Hervorbringung von Subjekten bzw. die „Subjektformen“ (Reckwitz 2008), die relational und prozesshaft, aber auch als in sich unabschließbar gedacht werden (vgl. Ricken 2013).

Mit Blick auf Organisationen kann im Anschluss an diese Überlegungen von einer wechselseitigen Erzeugung von Subjekt und Organisation gesprochen werden (vgl. Hartz 2018, S. 198). Über Zuweisungen von spezifischen Anforderungen, Verhaltensregeln und auch Selbstverständnissen werden Individuen als Mitglieder angerufen (vgl. Peter 2018, S. 42). Die Hinwendung zu diesen bereitgestellten organisationalen Mitgliedschaftsweisen bzw. Mitgliedsformen kann vermittels eines Selbstbezugs und oder einer praktischen Befolgung als produktiver Moment verstanden werden, der das Individuum als *anerkanntes*⁷ Mitglied hervorbringt. Die Anrufungen von mitgliedschaftsbezogenen Normen können allerdings nicht nur angenommen, sondern auch verworfen oder um-

5 Siehe zum Aspekt der *Handlungsfähigkeit*, dem die Unterwerfung als Bedingung zu Grunde gelegt wird, weiterführend (Butler 2001, S. 16).

6 Gerade Butler hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Anrufung des Subjekts und die Hinwendung eines Individuums zu Subjektpositionen kein einmaliger Akt, sondern ein *iterativer Prozess* bestehend aus Wiederholungen und Variationen ist (2001, S. 101-123). Deutlich wird hierbei auch, die Subjektpositionen als veränderlich und instabil zu betrachten (ebd.).

7 Dieser Gedanke ist angelehnt an die ‚Anerkennungstheorie‘ von Butler, nach der die Bedingungen sozialer Anerkennung in und durch die Macht von Normen erzeugt werden (Butler 2009). Auf Organisationen übertragen, zielt dieser Gedanke auf den Aspekt, dass in Anrufungsprozessen von Mitgliedschaftsformen bestimmte ‚Normen der Anerkennbarkeit‘ für die Auszeichnung und Autorisierung eines Zugehörigkeitsstatus fungieren, der über eine rein formale Mitgliedschaft hinausgeht.

sowie missgedeutet werden und so ist umgekehrt auch die Übersetzung von Anrufungen in Form der jeweiligen Ausgestaltung der Mitgliedschaftsrollen wiederum wesentlich für die Form einer Organisation (vgl. Peter 2018, S. 42).⁸ Neben Aspekten organisationaler Kontrolle und Unterwerfung können daher auch widerständige Praktiken und Kontingenzen des Organisierens gedacht und untersucht werden (vgl. Hartz 2018, S. 196).⁹ Subjektivierungsprozesse in Organisationen im foucaultschen Doppelsinn bedingen also auch die (Re)Konstitution wie Aufrechterhaltung der Organisation (vgl. ebd., S. 198).

Subjektivierungstheoretisch formuliert beleuchtet dieser Beitrag parteiliche Anrufungsprozesse von Mitgliedschaft und Formen ihrer Bearbeitung; d.h. es geht um die Untersuchung der Verschränkung von parteikulturellen Organisationsprinzipien und Subjektivierungsprozessen von parteigebundenen Landtagsabgeordneten (im Rahmen ihres parteipolitischen Handlungsbereichs).

4. Methode: Untersuchungsdesign und Datenbasis

In ihrem methodischen Vorgehen knüpft die Untersuchung an eine Reihe neuerer, qualitativ ausgerichteter Arbeiten an, die zusammengefasst unter dem Begriff der ‚Parlamentskultur‘ praxis- und habitustheoretische Perspektiven nutzen, um professionelle Handlungslogiken bzw. die Praktiken von Abgeordneten anleitende Strukturen aufzuschlüsseln (vgl. für einen aktuellen Überblick: Brichzin et. al. 2018). Während diese Studien in ihrer Rekonstruktionsarbeit überwiegend das Parlament fokussieren, spielt, wie Geimer und Amling (2016) zeigen konnten, auch die gesellschaftliche Einbettung der Parlamentarier*innen vor dem Hintergrund normativer (Authentizitäts)Erwartungen eine wichtige Rolle für die alltägliche politische Praxis. Hieran angelehnt möchte ich, mit ganz ähnlichem methodischem Instrumentarium, mich weder allein auf das Parlament konzentrieren noch auf die Frage gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge von politischer Alltagspraxis. Vielmehr gilt es, die beruflich habituellen Orientierungen von Landtagsabgeordneten zu rekonstruieren und der Frage nachzugehen, ob und inwiefern die *Partei* bzw. ihre dominanten Organisationsprinzipien als eine (weitere) relevante Dimension in der beruflich politischen Alltagspraxis implizit eingelagert sind oder auch explizit als solche thematisiert werden.

Für die Interpretation des Datenmaterials wird die dokumentarische Methode herangezogen, die die „Relevanzsysteme“ (Bohnsack 2014a, S. 22ff.)

8 Wobei eine „Verkennung“ von Anrufungen häufig Sanktionen zur Folge hat (Supik 2005, S. 77).

9 Vgl. hierzu das Konzept der „strategischen Polyvalenz“, das dazu verhelfen soll, „Organisationen als Kollektivsubjekte sowohl unter der Perspektive ihrer Herrschaftsförderung, als auch der Perspektive einer möglichen Emanzipation von überkommenen Vorstellungen des Organisierens betrachten zu können“ (Hartz 2018, S. 199).

der Beforschten und damit deren „Orientierungsrahmen“ zu rekonstruieren verspricht (Bohnsack 2014b, S. 35). Bekanntermaßen unterscheidet die Methode zwei unterschiedliche Wissensstrukturen: Beim „kommunikativen“ Wissen (Mannheim 1980, S. 224ff sowie 285ff.) handelt es sich um verallgemeinerte und stereotypisierte Wissensbestände. Diese werden als „exterior“ erfahren (Bohnsack 2014b, S. 35) und verweisen auf institutionalisierte Normen und Rollen sowie gesellschaftliche Identitätserwartungen und -normen, aber auch auf (Common-Sense-)Theorien der Akteur*innen (Bohnsack 2017, S. 138). Das „konjunktive“ Wissen (Mannheim 1980, 225ff. und 285ff.) dagegen dient einer intuitiven und unmittelbaren Verständigung (Bohnsack 2017, S. 41). Im täglichen Gebrauch verfügen die Akteur*innen über dieses Wissen, ohne sich dessen reflexiv bewusst sein zu müssen, es bildet vielmehr die implizite Grundlage der Praxis selbst und wird deshalb auch als implizites, stillschweigendes, präreflexives oder auch als „atheoretisches“ Wissen (Mannheim 1980, S. 73) bezeichnet, das Menschen miteinander in „konjunktiven Erfahrungsräumen“ (ebd., S.276) verbindet.

Nach Mannheim existieren nun beide Wissensebenen als „eine Doppeltheit der Verhaltensweisen in jedem einzelnen, sowohl gegenüber Begriffen als auch der Realität“ (ebd., S. 296). Bohnsack hat, hiervon ausgehend, von der „ubiquitären notorischen Diskrepanz“ gesprochen (2017, S. 104) und entsprechend den Begriff Orientierungsrahmen überarbeitet, indem er nunmehr von einem erweiterten Orientierungsrahmen (ebd., S. 102ff.) spricht: „Das Spannungsverhältnis von *Habitus* und *Norm*, [...] stellt den Regel-, nicht den Ausnahmefall der alltäglichen Praxis dar“ (ebd., S. 56). Nach Bohnsack liegt der Analysefokus auf der Rekonstruktion des konjunktiven Wissens, denn für ihn ergibt sich die eigentliche Bedeutung von externen Anforderungen wie Regeln und Normen oder „Orientierungsschemata“ erst „durch die *Rahmung*, das heißt die Integration und ‚Brechung‘ in und durch die fundamentale existenzielle Dimension der Handlungspraxis, wie sie sich im Modus Operandi des *Habitus* oder eben *Orientierungsrahmens* vollzieht“ (ebd. 2017, S. 107f.).

Um die Art der Bezugnahme der Politiker*innen auf Erwartungen, aus dem Zusammenhang ihrer Parteizugehörigkeit, allerdings einfangen und rekonstruieren zu können, wird in der vorliegenden Studie neben einer Analyse der impliziten Wissensbestände auch eine eingehende Analyse des kommunikativ-generalisierten Wissens vorgenommen (vgl. Amling und Geimer 2016). Die Annahme eines spannungsvollen Verhältnisses von „theoretischen Reflexionspotenziale[n] und normativen Erwartungsstrukturen einerseits und [...] modus operandi der Handlungspraxis resp. [...] Habitus andererseits“ (ebd., S. 37) wird dabei zugunsten einer „kontextbezogenen Relativierung“ der Leitdifferenz abgeschwächt (ebd.), um auch Möglichkeiten von impliziten Passungs- und Aneignungsverhältnisse von Normen (Geimer und Amling 2019) nicht von vornherein auszuschließen. Das Untersuchungsvorgehen folgt in diesem Sinne dem Programm einer dokumentarischen Subjektivierungsanalyse (Amling und Geimer 2016).

Um nun die beruflichen Orientierungen der Abgeordneten einerseits, sowie den mit der Parteimitgliedschaft in Verbindung stehenden Erwartungen und den Umgangsweisen damit andererseits analysieren zu können, wurden Landtagspolitiker*innen mithilfe von narrativen, leitfadengestützten Interviews als Expert*innen des politischen Handlungsfelds zu unterschiedlichen Aspekten und Orientierungen ihrer beruflichen Praxis befragt (siehe zum Verfahren des Expert*inneninterviews Meuser und Nagel 1997).

Der Beitrag stützt sich auf Interviews mit zwei Abgeordneten des Parlaments eines deutschen Stadtstaats, die mithilfe der dokumentarischen Methode ausgewertet wurden (Nohl 2008). Bei diesen beiden Fällen handelt es sich um Abgeordnete unterschiedlicher Großparteien. Ein deutlicher Kontrast in den beiden Fällen besteht auch in den Parteipositionen: Während der Abgeordnete Hellmuth im Ortsvorstand sitzt, stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied im Landesvorstand sowie im Vorstand des Landesparlaments ist, hat der Abgeordnete Nabil keinerlei Parteiamt inne. Ein Sample von zwei Fällen stellt zwar eine äußerst kleine Fallzahl dar, aber es finden sich im empirischen Material wechselseitig interpretierbare Verweise, welche also die Aussagen des jeweils anderen Falls bzw. die darin enthaltenden Perspektiven gegenseitig bekräftigen und damit über den einzelnen Fall hinaus und auf Organisationsprinzipien von (Groß)Parteien hinweisen. Nichtsdestotrotz kann nur von einer empirischen Spurensuche gesprochen werden, um in der Untersuchung des Verhältnisses von Abgeordneten und Partei die Frage nach der (oder den) Logik(en) der Praxis von Abgeordneten weiter aufzuschlüsseln.

Der hinzugezogene Leitfaden gliederte das Interview in die Abschnitte Biografie, politischer Alltag, Erfahrungen in der Partei und Orientierungen in politischen Themen. In den letzten beiden Abschnitten stehen speziell Konflikte und Dissens, die sich im Zusammenhang mit der Partei ergeben, im Fokus. Dazu wurden im Vorfeld der Interviews von der Presse aufgegriffene Konflikte recherchiert und bei Bedarf, als konfrontatives Mittel, in der Erhebungssituation eingesetzt.

5. Empirische Befunde

In diesem Abschnitt geht es um die Rekonstruktion von mitgliedschaftsbezogenen Erwartungen, die die Abgeordneten an sich oder andere Parteimitglieder vor dem Hintergrund der Bedingung ihrer Parteizugehörigkeit stellen bzw. denen sie sich ausgesetzt sehen. Im Anschluss daran wird die Frage nach der Relation der rekonstruierten Erwartungen zu den habituellen Bearbeitungsweisen behandelt.

5.1 Eine brave Mitgliedschaft für die gemeinsame Sache – Rekonstruktion normativer Parteierwartungen

Zunächst zeigen sich im Rahmen von berichteten, konflikthafter Interaktionen mit Parteikolleg*innen implizit und auch explizit solche Erwartungen, die mit einem ‚richtigen‘, ‚korrekten‘, also legitimen, parteipolitischen Verhalten jeweils verbunden werden.

So erzählt Hellmuth etwa von einem Appell, den er nach einer Wahlniederlage seiner Partei vor der stark geschrumpften und sich im Streit um Positionsbesetzungen befindenden Landtagsfraktion hält. In zitierender Weise richtet sich Hellmuth in seiner Position als „Parlamentspräsident“ (Interview Hellmuth, Passage 2, Zeile 4) an das imaginäre Fraktionspublikum, wobei er an mehreren Stellen reflexive Beschreibungen und nähere Erläuterung anführt:

Ihr wisst welche Probleme, wir bundesweit haben zu derzeit; hatten wir gerade auch die Flüchtlingswelle à la Merkel; Sie wissen vielleicht was das bedeutet; wir warn ganz unten. Und das hab ich angeführt und hab gesacht;(.) Leute; (.) wollen wir uns selber hier in die Tiefe stürzen; wollen wir gleich hier in den Fluß gehen oder wie ist das. Ich möchte euch hier also bitten persönliche Animositäten und persönliche Dinge mal zurückzunehmen; und wir ham uns hier geeinicht, äh das gewisse Leute gewisse Positionen hier haben sollen; es wurden vom Fraktionschef vorbildliche, vorbildlich; ((Haut mit der Hand auf den Tisch)) ähm Einzelgespräche geführt=der hat das ganz geschickt gemacht, was möchten sie werden; was wollen sie=haben sie Ambitionen, keine; gut. Hack ab; So. Und wir sind uns alle einich nur auf diese eine Sache nich; (Interview Hellmuth, Passage 2, Zeilen 7-19).

Hellmuth verweist in seiner vagen Problemdarstellung auf schlechte Umfragewerte der Partei, deren Ursache er in einer Fehlentscheidung der Bundeskanzlerin sieht und diese Deutungsweise unterstellt er gleichzeitig als ein gemeinsames Erfahrungswissen der Fraktionsmitglieder. Über die Metapher des ‚willentlichen Sturzes in die Tiefe‘ verbindet er das Einstürzen der Umfragewerte auf Bundesebene mit dem als „persönlich“ markierten/ausgedeuteten Verhalten solcher Fraktionsmitglieder vor Ort, die die vorher verhandelten Positionsbesetzungen anscheinend nicht akzeptieren wollen, was nun Unzufriedenheit und „Animositäten“ nach sich zieht, die die Fraktion zu spalten scheinen und in Hellmuths Darstellung deshalb den allgemeinen Abwärtstrend weiter befeuern. In beiden Fällen ist es eine auf „persönliche Dinge“ zurückgeführte Praxis, die Hellmuth als schädlich für die Partei insgesamt charakterisiert und damit als abweichende Praxis für den politischen Bereich delegitimiert. Dem Bereich des „persönlichen“ scheint Hellmuth all die Verhaltensweisen und Haltungen zuzuordnen, die aus seiner Sicht entweder einer grundsätzlich ausgemachten Parteilinie oder ganz konkret getroffenen Absprachen entgegenstehen.

Um dem Absinken nun zu entgehen, fordert Hellmuth im weiteren Verlauf der Passage die Abkehr von einer Orientierung an „persönlichen Dingen“ und stattdessen eine Ausrichtung an parteilicher und fraktioneller Eintracht:

Stell das bitte mal zurück es geht um die gemeinsame Sache. Und wenn wir noch tiefer sinken; sind wir bald alle hier nichmehr bei (Interview Hellmuth, Passage 2, Zeilen 23-25).

Mit der rhetorischen Figur der „gemeinsamen Sache“ adressiert Hellmuth die Fraktionsmitglieder als Teil einer kollektiven Identität, die er im performativen Akt gleichzeitig herzustellen versucht. Ziel ist es dabei, ein ‚wir-Gefühl‘ in Form eines ‚esprit de corps‘ heraufzubeschwören und somit Zusammenhalt herbeizuführen (s. dazu auch Abschnitt 5.2). Zudem entsteht der Eindruck, dass schon während der im Vorfeld vom Vorsitzenden „vorbildlich“ und „geschickt“ geführten Gespräche die „gemeinsame Sache“ gewissermaßen vorausgesetzt und dann danach aussortiert wurde, wer entsprechend „Ambitionen“ hat und wer nicht. Dem sich nachziehende Unmut von solchen Fraktionsmitgliedern, die mit den Entscheidungen nicht einverstanden zu sein scheinen, wird nun jegliche Legitimation entzogen, indem das protestierende Verhalten als unvereinbar mit der „gemeinsamen Sache“ abgetan wird. In dieser Lesart stellt die Forderung zur Ausrichtung an der „gemeinsamen Sache“ eine Disziplinierungsmaßnahme dar, mit deren Hilfe die ausgemachten Abweichler auf ‚Kurs‘ gebracht werden sollen.

Die in der „gemeinsamen Sache“ implizit eingelagerten Erwartungen an das entsprechend und als korrekt ausgewiesene Verhalten der Mitglieder beziehen sich zusammenfassend also auf das Führen und Einhalten interner Absprachen, die Befolgung getroffener Entscheidungen und auf einen Verzicht auf persönliche und dissidente Haltungen sowie eigenmächtige Verhaltensweisen, insgesamt also auch auf das Anerkennen der parteilichen Hierarchien. Der Appell an die gemeinsame Sache birgt damit zugleich eine Strategie der angleichenden Strukturierung politischen Handelns innerhalb der Fraktion, welche Hellmuth und die Fraktionsführung insgesamt als Entscheidungsträger*innen befähigt und den politischen Betrieb in ihrem Sinne aufrechterhält. Implizit legitimierender Referenzpunkt bildet der gemeinsame Parteizusammenschluss und eine damit verknüpfte kollektive (Partei-)Identität, die hier vor allem über das Narrativ eines überlebensnotwendigen Arrangierens in Zusammenhalt performativ hergestellt werden soll, indem jedes einzelne Mitglied dem damit zusammenhängendem Handlungs(an)gebot folgt. Die angestrebte (Wieder)Herstellung eines parteilichen „Wir“ und entsprechender kollektiver (Partei)Identität wird letztlich fundamental verknüpft mit der geforderten Subjektivierung jedes einzelnen Mitglieds als konstitutives Teilelement dieses hierarchischen, sich in und durch Zusammenhalt gründenden Kollektivs.

Ganz ähnlichen Erwartungen, die im Zusammenhang mit der Partei stehen, lassen sich aus einer Passage des anderen Falls, dem von Nabil, rekonstruieren, und zwar u.a. in einer Passage, in der er von einer konflikthafter Interaktion mit Funktionär*innen aus der eigenen Partei berichtet:

Ein Beispiel ist es, hier im Büro wo ich die geöffnet hab; als Bezirksabgeordneter; (.) da wollte, (.) die: Kreis äh Funktionäre, //Hm-hm// (.) die Hauptfunktionäre; die waren hier. Und die ham gesagt, du darfst der mhhhh ähm (.) Bürgerbüro kannst du das mal ne- nennen, aber nich von der Partei. (.) Du kannst die Bürgerbüro von Nabil nennen; aber nich von der Partei. (.) //Hm-hm// Ich hab gesagt ich bin doch Abgeordneter von von der Partei. (.) Nee. Das wolln wir nich, das äh soll es nich sein (Interview Nabil, Passage 2, Zeilen 4-13).

In Nabils Schilderung des Streits über die Verwendung des Logos der Partei dokumentiert sich eine Auseinandersetzung über die Bedingung, die Partei nach außen hin zu repräsentieren. Nabil, dessen Plan zur Eröffnung des Büros offensichtlich nicht mit dem Vorstand abgesprochen gewesen ist, wird über seinen Status des „Bezirksabgeordneten“ eine solche Befähigung abgesprochen. Seine Amtsposition wird – auf Basis seiner Mitgliedschaft – von den Funktionär*innen mit einem eingeschränkten und ihnen untergeordneten Aufgaben- und Sichtbarkeitsbereich verbunden und Nabil damit die Legitimität der Handlung entzogen. Diese Zurechtweisung wird nun von Nabil insofern nicht anerkannt, als dass er sich als gleichberechtigtes Mitglied versteht, dass auf die Sichtbarmachung der Zugehörigkeit in Form des Parteilogos einen legitimen Anspruch hat.

Seiner eigenen Sichtweise auf die Arbeit der Funktionär*innen verleiht Nabil etwas später in vorwurfsvoller Weise Ausdruck:

die stehen nich zu Bürger; (.) die stehen nich äh freiwilllich also dass sie (.) nach draußen gehen und äh die Arbeit der Parteien (.) **ankündigen oder verteidigen**. (5) Aber, die sind der Meinung, (.) Kungelei, in=in=intern irgendwie wo in den Hinterzimmer, (.) wem wolln wir haben, wem wolln wir nich haben, und den wollen wir das mal und äh äh das sollen die nur nur; äh zum äh ihnen a-also zu denen Büros kommen, und die sollen sich äh (.) bra:ve: Mitglieder, der Partei sein (Interview Nabil, Passage 2, Zeilen 44-52).

Nabil behauptet, das tatsächliche Wirken und offizielle Auftreten der Partei sei nicht deckungsgleich: über interne, intransparente Absprachen würden die Parteifunktionär*innen Entscheidungen treffen, die sich nicht am Wohl der Bürger*innen oder an den Grundsätzen der Partei orientierten. Vielmehr sieht er sie als parteiinterne Gatekeeper, die eine unhinterfragte Gefolgschaft für eine Karriere in der Partei voraussetzen, die er als „brave Mitgliedschaft“ zusammenfasst. ‚Brave Mitglieder‘ sind demnach solche, die parteiliche Hierarchien kennen und anerkennen. Als eben jenes ‚brave Mitglied‘ sieht sich Nabil durch die Reaktion der Funktionär*innen auf die Einrichtung seines Büros adressiert und damit einer Disziplinierungsmaßnahme unterworfen, die im Kern beinhaltet, das eigene Handeln dieser Subjektivierungsform und einer entsprechenden Parteilogik anzupassen. Das heißt, Nabil sieht sich dazu angehalten, ein braves Mitglied zu werden, wogegen er sich allerdings wehrt. In seiner expliziten Kritik am Verhalten der Funktionär*innen zeichnet sich zudem ein negativer Gegenhorizont zu Nabils eigenem Verständnis von Parteiarbeit ab, die sich stärker am „Bürger“ zu orientieren und für Transparenz der partei-politischen Abläufe zu sorgen habe.

Erstaunlich ist nun, dass die von Nabil geäußerte Kritik nicht nur auf die politischen Tätigkeiten Hellmuths anzuwenden ist, sondern auch, vice versa, Hellmuths Kritik an eigenmächtigen Handlungsweisen auf Nabil bezogen werden kann. Beide spiegeln ihr Verhalten gewissermaßen negativ, obwohl sie Mitglieder in unterschiedlichen Parteien sind. Weiterhin zeigt sich im Vergleich mit der Passage von Hellmuth, dass der aus Nabils Augen an ihn herangetragene Anspruch der Funktionär*innen, ein „braves Mitglied“ zu werden, negativ ausgedrückt das beinhaltet, was Hellmuth in seiner Forderung der Ausrichtung des eigenen Verhaltens an einer „gemeinsamen Sache“ (positiv konnotiert)

versucht herzustellen.

5.2 Implizite Annahme und explizite Ablehnung – Rekonstruktion des Umgangs mit normativen Parteierwartungen

Wie aber gehen die Interviewten mit den rekonstruierten parteikulturell spezifischen Mitgliedschaftserwartungen der „gemeinsamen Sache“ und „braven Mitgliedschaft“ vor dem Hintergrund ihrer beruflichen Orientierungen um? Um dies zu ergründen, richten wir den Blick als nächstes auf eine Passage, in der Hellmuth über einen für ihn wichtigen Teil der parteipolitischen Arbeit spricht:

Unser Motto in der Politik das hab ich von meinem Ortsvorsitzenden damals übernommen war; (.) politische Arbeit, und Mitgliederbetreuung. Mitgliederbetreuung //Hm-hm// (.) für wenich Geld. (.) Tagesfahrten; Wochenendfahrten; und mehrtägige Reisen; zu machen. (Interview Hellmuth, Passage 3, Zeilen 11-16).

Hellmuth benennt und verdeutlicht zu Beginn der Passage nicht nur, dass er in einer früheren Zeit zusammen mit seinem Ortsvorsitzenden unter einem gemeinsamen Motto und damit in enger Kooperation gearbeitet hat, sondern verweist auch darauf, dass er sich dieses im Zuge seiner weiteren Laufbahn als eigenes Motto aneignet und ausprägt. Dabei zeigt sich, dass die Bezug- und Übernahme des Mottos nicht nur auf reflexiver kommunikativ-generalisierter Ebene stattfindet, sondern auch die Art und Weise der praktischen Umsetzung betrifft und ihr gar entspricht. Das im Motto eingelassene politische Handlungsprinzip der (wirksamen und dabei möglichst billigen) Mitgliederbetreuung findet sich übersetzt auf handlungspraktischer Ebene in der Durchführung von Mitgliedsfahrten. Die Relevanz solcher Reisen sieht Hellmuth im Zusammenbringen der Mitglieder:

da hält man die Leute zusammen. Man ist mit den Leuten zusammen; man //Hm- hm// spricht miteinander; es entstehen Freundschaften, Kontakte, politische Willensbildung, und vieles mehr; das is ohne Berechnung (Interview Hellmuth, Passage 3, Zeilen 24-28).

Die Fahrten dienen Hellmuth als Plattform, auf deren Grundlage ganz automatisch „Kontakte“ und „Freundschaften“, also über die formale Mitgliedschaft hinausgehende persönliche Beziehungen zwischen Parteimitgliedern entstehen würden, und stellen für ihn damit einen wichtigen Mechanismus im Aufbau einer parteipolitischen Gemeinschaft und in der Herbeiführung parteiinternen Zusammenhalts dar. Das Organisieren von Mitgliedsfahrten und auch der im Appell rekonstruierte Versuch der Anordnung eines Handlungs(an)gebots bzw. der Adressierung einer Subjektivierungsform dokumentieren beide Hellmuths parteipolitische Orientierung an Prozessen parteilicher Vergemeinschaftung, wobei sein Wirken vor allem auf den parteiinternen Bereich fokussiert ist, seien es die Mitglieder der Partei/Fraktion oder die Parteimitglieder des Wahlkreises.

Dass die Fahrten nun „ohne Berechnung“ stattfinden, verweist (neben dem engen und wörtlichen Sinn der möglichst kostengünstigen Durchführung, die

ja als Berechnung stattfindet), schon auf die Möglichkeit eben eine solche in den Aktivitäten zu vermuten, was von Hellmuth aber zurückgewiesen wird. Im Kontext der obigen Äußerungen könnte man daher eine vorsorgliche, präventive oder sanfte Form der Disziplinierung sehen, die darin besteht, dass die Mitglieder nicht gemäß eines vertikalen Machtgefüges kontrolliert werden müssen, sondern sich in horizontalen Machtgefügen selbst und gegenseitig durch „politische Willensbildung“ im privaten Bereich (Freundschaften und Kontakte) kontrollieren.

In der Übernahme des Mottos (verstanden als eine spezifische Ordnungs-idee der Partei) zeigt sich nun ausschnitthaft und exemplarisch, dass und wie Hellmuth in die Strukturen seiner Ämter und damit auch in die übergeordneten Strukturen der Partei im Laufe seiner langjährigen Karriere einsozialisiert¹⁰ ist und entsprechend andere einsozialisiert durch Maßnahmen der Mitgliederbetreuung; wobei das ‚Vehikel‘ oder der ‚Transmissionsriemen‘ der Übernahme auch der enge persönliche Kontakt zu solch erfahrenen Förderern wie etwa dem Ortsvorsitzenden gewesen ist, welche Prägestkraft für sein eigenes parteipolitisches Selbstbild wie seine Praxis entfalteten.¹¹ Denn wir finden bei Hellmuth eine kohärente Orientierung an einem tradierten Rollenverständnis. Neben einer entsprechenden Ausgestaltung der eigenen Praxis, beinhaltet dieses Selbstverständnis auch bestimmte Erwartungen an das Verhalten anderer Mitglieder, etwa in Bezug auf die Art, wie sie ihre parteipolitische Arbeit zu organisieren haben und auch welche Anerkennung sie ihm als Inhaber eines Amtes entgegenbringen sollten. Den Appell hält Hellmuth explizit als Landtagspräsident. Auch in einer anderen Passage rechtfertigt er seinen Widerstand gegen eine*n Anwärter*in für die Bundestagswahl mit Verweis auf fehlende Absprachen, die er nicht aus persönliche Gründen verlange, sondern aufgrund seiner Vorstandsposition allgemein voraussetze: *nich dass ich eingebildet bin; aber ich bin ihr Ansprechpartner; ich bin der Kreisvorsitzende* (Interview Hellmuth, Passage 4, Zeilen 58-59).

An dieser Stelle drückt sich gleichzeitig implizit eine Orientierung Hellmuths aus, seinem Selbstverständnis als Positionsinhaber eines Vorstandsamtes nach anerkannt zu werden (und damit ein Begehren nach Anerkennung aus der Partei heraus), wobei Missachtungen (dieser Position) – wie im obigen Beispiel – zur Not mit Zwang pauschal sanktioniert werden. Der Status dieses (fragilen)

10 Mit Sozialisation soll hier auf einen gewissermaßen idealtypischen Prozess einer Anpassung an oder Einfügung in sozial erwünschte Strukturen im Rahmen einer sozialen Laufbahn in der Organisation Partei verwiesen werden (vgl. Geulen 2004, S. 4f.) ohne allerdings von darin eingelassenen determinierenden Kräften auszugehen.

11 Hellmuth berichtet nicht nur in seiner biografischen Eingangserzählung von durchweg positiven Erfahrungen im Zusammenhang mit seinem Eintritt in die Jugendorganisation der Partei, die ihm in seiner bis dato begrenzten Situation („denn um mich hat sich keiner gekümmert“) durch unterschiedliche Ausflüge und Wochenendseminare und Kontakte zu andern Mitgliedern neue Horizonte eröffnet, sondern spricht auch im weiteren Verlauf des Interviews immer wieder von Personen aus dem Parteikreis, denen er „sehr viel zu verdanken“ habe und zu denen er bis heute enge „Freundschaften“ pflege (Interview Hellmuth, Passage 1, Zeilen 3-53).

Selbstverständnisses ist insofern zwar bedingt durch die Anerkennung anderer, kann aufgrund der (machtvollen) Position (in der formalen Parteihierarchie) bis zu einem gewissen Grad allerdings auch über Praktiken der Disziplinierung durch Hellmuth selbst aufrechterhalten bzw. wiederhergestellt werden. Der Entwicklungslinie seines parteilichen Sozialisationsprozesses folgend, drückt sich in diesem Selbstverständnis und den damit zusammenhängenden Praktiken wie etwa den Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber anderen gleichzeitig (subjektivierungstheoretisch gewendet)¹² auch eine Arbeit am Selbst aus, in der das im Zusammenhang mit der Parteiordnung stehende ‚sollen‘, im Sinne einer Reproduktion und Aufrechterhaltung dieser Ordnung, in eine selbsttätige Praktik überführt wird, die nicht nur Hellmuth als anerkanntes Vorstandsmitglied weiterhin oder immer wieder (wenn auch unabschließbar) hervorbringt, sondern auch die (formalen) Hierarchien der Partei in dieses Selbstverständnis wie in die genannten Praktiken (als Notwendigkeit) einfließen lässt.

Zusammenfassend lässt sich nun sagen: Die an andere Mitglieder adressierten Anforderungen (und auch die Logik der Praxis von Hellmuth selbst) fokussieren eine bestimmte Parteiformation, die dem schon skizzierten, hierarchisierten und durch internen Zusammenhalt strukturierten Parteigefüge mit ihm und dem Vorstand als Entscheidungsträger entspricht. Dieses kongruente Verhältnis von einer (zwar impliziten aber auf kommunikativer Ebene liegenden) normativen Erwartung und einer (impliziten) parteipolitischen Orientierung kann als ein *Passungsverhältnis* bezeichnet werden.¹³

Im Gegensatz zu Hellmuth, bei dem von einer parteiinternen Sozialisation gesprochen werden kann, sehen wir im Fall Nabil eine ganz andere, geradezu in diametralem Gegensatz stehende Umgangsweise mit denen an ihn adressierten und von ihm wahrgenommenen Parteierwartungen. In der nachstehenden Passage berichtet Nabil etwa exemplarisch von einer Situation, die ganz ähnlich derjenigen der Eröffnung des Bürgerbüros ist. Hier erzählt er von dem Plan, einen Neujahrsempfang durchzuführen, im Zuge dessen ihm eine* Kreisgeschäftsführer*in entgegentritt und versucht, die Ausführung seines Vorhabens mit folgenden, von Nabil rezierten Worten zu verhindern: *Weil du eine Bezirksabgeordneter bist, das macht die Partei un=nich du* (Interview Nabil, Passage III; Zeilen 5-7). In der anschließend geschilderten Reaktion lässt sich nun herausarbeiten, wie Nabil mit der ihm erneut entgegengebrachten Forderung, sich dem Kurs des Vorstands und der entsprechenden Logik informeller Absprachen anzupassen, umgeht.

Ich habe gesagt was soll das; was is Partei; ich bin Partei. (.) Ich mach die Arbeit für die Partei //Hm-hm//. Und wenn ich die (.) irgendwie äh (.) n- n- d- äh das die äh Regularien verstoße oder irgendwie=was; dann kann die Partei zu mir das mal sagen kann //Hm-hm//.

12 Siehe zu einem Gespräch über Unterschiede und Anknüpfungspunkte von sozialisations- und subjektivierungstheoretischen Perspektiven (Ricken und Wittpoth 2017).

13 Wir finden hier eine Relation von Norm und Habitus, die sich in Abgrenzung zu Bohnsack nicht als Spannungsverhältnis, sondern im Anschluss an Geimer und Amling als Passungsverhältnis begreifen lässt, dass hier einem „Entsprechungsverhältnis“ zugeordnet werden könnte (2019, S. 32).

(2) Aber (.) ich tu es doch für die Partei. Ich sprech die Leute an die nich zu Partei gehörn, je- jeder Person; jeder Bürger der zu meinen Foren kommt; (.) oder zu Neujahrsempfang kommt. Er weiß doch ganz genau dass ich eine Parteizugehörigkeit habe. (2) Und das wird immer gesagt; (.) -die SP tu- die SPD tut was Gutes für die Bürger; (.) durch Nabil. //Hm-hm.// Aber die Partei kommt immer davor; etwas er- erst davor; und dann kommt Nabil (Interview Nabil, Passage 4; Zeilen 7-22).

Nabil knüpft über die Frage nach dem Wesen der Partei gewissermaßen an seine Kritik an der Arbeit der Funktionär*innen aus der Passage zur Eröffnung des Bürgerbüros an, setzt diesen nun aber keine normativ bessere Arbeitsweise entgegen, sondern beruft sich vielmehr auf sein grundlegendes Verständnis von Partei als einem demokratischen Kollektiv („was is Partei; ich bin Partei“). Nach diesem Verständnis ist es nicht allein der Vorstand, der den Kurs der Partei bestimmt und anderen Mitgliedern nur eine ausführende Rolle zuschreibt. Stattdessen sind es aus Nabils Sicht vor allem Mitglieder wie er, die die Partei schöpferisch hervorbringen und aus deren Leistungen sich die Parteiarbeit zusammensetzt. Nabil hebt weiterhin hervor, sich nicht nach eigenen Interessen zu richten (und auch nicht gegen formale und explizite Regeln verstoßen zu haben), sondern behauptet ein übereinstimmendes Ziel seiner Arbeit und der Partei zu verfolgen („ich tu es doch für die Partei“), was er etwa in der Rekrutierung von und Herstellungen eines Dialogs mit potentiellen Wähler*innen wie parteiexternen Akteur*innen umgesetzt sieht („Ich sprech die Leute an die nich zu Partei gehörn“). Damit beansprucht Nabil die ihm abgesprochene Legitimität, solche Veranstaltungen durchzuführen. Seine eigene Praxis bringt er damit in Übereinstimmung zu der alternativen, demokratisierten Parteiidentität.

Nabils Widerstand gegen den Führungsanspruch des Vorstands findet sich nicht nur auf der kommunikativen Ebene, sondern ebenso auf Ebene der alltäglichen, beruflichen Praxis, wie sich anhand des Materials rekonstruieren lässt: Das Bürgerbüro eröffnet er gegen den Willen des Vorstands unter Nutzung des Parteilogos und auch den Neujahrsempfang führt er trotz Widerstands seitens der Partei durch. Er folgt in seiner Handlungspraxis also offensichtlich nicht dem Ordnungs- und Orientierungsangebot der Partei (der Subjektivierungsform der „braven Mitgliedschaft“), sondern orientiert sein Handeln an der Herstellung von Bürger*innennähe und Transparenz. Hier lässt sich der Eindruck anschließen, dass diese implizite Orientierung im Zusammenhang mit einer Rollenorientierung zu stehen scheint, die sich nicht wie im Fall Hellmuth auf Parteiämter bezieht (beziehen kann), sondern auf eine spezifische Ausgestaltung seines Amtes als Abgeordneter/Repräsentant der Bürger*innen. Das Bürgerbüro eröffnet er explizit als Bezirksabgeordneter und seine Erzählungen und die im Zusammenhang mit der Partei stehenden Auseinandersetzungen kreisen alle um den Bereich von Bürger*innenbelangen. Diese Ausgestaltung seiner Rolle des Abgeordneten verbleibt nun nicht auf impliziter Ebene, sondern lässt sich auf expliziter Ebene mit einem entsprechenden politischen Selbstverständnis einfangen. In Verbindung zu seiner biografischen Eingangserzählung zeigt sich, dass Nabil der Orientierung an Bürger*innenarbeit mit der metaphorischen

Selbstbezeichnung des politischen „Kümmerers“ oder auch „Brückenbauers“, der schon „immer in Vereinen und Verbänden aktiv“ war und dem wie schon seinem „Großvater“ und damit gewissermaßen sozial ererbt, die „Unterstützung der Menschen im Blut liegt“ (Interview Nabil, Passage 1; Zeilen 11-32), explizit Ausdruck verleiht.¹⁴ Wir finden bei Nabil also eine affirmative Bezugnahme auf einen *idealisierten* Selbstentwurf¹⁵ und auf die eigene Praxis, die mit der ihm entgegengebrachten Parteilernerwartung unvereinbar ist.

Trotz Nabils großen politischen Engagements und der guten Bewertung seiner Arbeit aus der Öffentlichkeit („SPD tut was Gutes für die Bürger; (.) durch Nabil“), sieht er sich von Seiten der Partei nicht angenommen („aber Partei kommt immer davor“) und seine Arbeit nicht wertgeschätzt. In dieser Sichtweise, nach der sich Nabil stets ‚nachrangig‘ zur Partei erlebt („und dann kommt Nabil“), dokumentiert sich ähnlich wie im Fall Hellmuth ein Begehren nach Anerkennung aus der Partei heraus, wodurch hier die paradoxe Situation entsteht, dass Nabil die Arbeitsweise des Vorstands und die ausgemachte Bedingung einer „braven Mitgliedschaft“, unter denen dieser Anerkennung gewährt, zwar explizit ablehnt, aber sie gleichzeitig als entscheidende Instanz ansieht, von deren Urteil eine eigentliche, d.h. eine anerkannte Parteizugehörigkeit jenseits der formalen Mitgliedschaftsgrenze abhängt. Nabils Bearbeitungsweise dieses Konflikts lässt sich abschließend aus einer Passage rekonstruieren, in der er auf die von ihm zitierte Frage der Kreisgeschäftsführerin antwortet, warum er ihr so viel Arbeit machen würde:

Wenn ich vergleichbare Arbeit mache und auch der gleiche Niveau sein soll; dann muss ich für die zwei Personen arbeiten. // Hm-hm// (.) Aber mein Problem is anders; ich will besser als er sein; und deswegen mache ich für drei Personen arbeit. (.) Und die drei Personen arbeit, (.) is das für mich, //Hm-hm// meine, nächste, Ziel und Stufe, wo ich das erreichen wollte (Interview Nabil, Passage 4; Zeilen 31-38).

Anhand Nabils Argumentation gegenüber der Hauptkreisgeschäftsführerin, deren Arbeit er hier als Kontrastfolie verwendet, zeigt sich nun: Damit Nabils Stil der politischen Arbeit und sein politisches Selbstverständnis auch in der Partei und somit vom Vorstand als positiv und erfolgreich wahrgenommen wird, sieht er sich in keiner anderen Möglichkeit, als sein Engagement im vorpolitischen Raum noch zu erhöhen.

14 Es lässt sich die Vermutung anschließen, dass Nabil diese in seiner biografischen Eingangszählung geschilderten Erfahrungen in die politische Praxis handlungsleitend überführt.

15 Vgl. hierzu Amlings und Geimers Ausführungen zur Kategorie der „Selbstidealisierung“: „Die Politikerinnen bilden Selbstidealisationen aus, deren Kern die (metaphorisch verdichtete) Darstellung zentraler Aspekte ihrer beruflich-professionellen Orientierungen einerseits und andererseits der Passung und Widerspruchsfreiheit dieser zu Orientierungen im Bereich der privaten Lebensführung sind“ (2018, S. 195).

5.3 Bedingte Zugehörigkeit kollektiver Identität

In der Zusammenschau der Fälle offenbart sich nun, dass beide Landtagspolitiker in einem je spezifischen Verhältnis zu ihren unterschiedlichen Parteien und deren ähnlichen Organisationsprinzipien stehen. Hellmuths Verhältnis zu diesen Organisationsprinzipien kann als affirmativ bezeichnet werden, während Nabil eher in einem widerstreitenden Verhältnis zu denselben steht. In diesem Verhältnis haben sie zwar maximal kontrastierende Haltungen, teilen dabei aber einen gemeinsamen Bezugspunkt: die hierarchischen Beziehungsstrukturen der Partei und entsprechend hegemoniale Praktiken der asymmetrischen Herstellung von Konsens und Zustimmung. Als parteigebundene Politiker stehen die beiden Fälle in dieser Hinsicht im Zusammenhang mit einer normativen, (partei)übergreifenden Parteiordnung, die mit einem Appellcharakter oder „hegemonialen Anforderungsprofil“ (Bröckling 2012, S. 31) an die eigene Praxis einhergeht (die sich auf der Grundlage der formalen Mitgliedschaft zur Partei vollzieht, aber darüber hinausgeht) und die also eine Bezugnahme einfordert, welche habituell aber unterschiedlich bearbeitet wird. Während Hellmuth diese Parteiordnung etwa in Prozessen der Postenbesetzung und gemäß seiner Ämter reproduziert und in seinem implizitem Selbstverständnis als Person verkörpert, arbeitet sich Nabil an eben jenen Personen und den von ihnen repräsentierten und forcierten Normen der Parteiordnung in seiner eigenen Partei ab.

Weiterhin zeigt sich, dass sich diese Parteiordnung (mitunter) auf Grundlage von Normen konstituiert, die im Zusammenhang mit der Parteizugehörigkeit stehen und sich als *kollektive Identitätsnormen* bezeichnen lassen, da sie in Verbindung zu einer bestimmten Form von einer, im organisationalen Kontext verorteten und herzustellenden Gemeinschaft stehen. In seinem Appell äußert Hellmuth gegenüber den Fraktionsmitgliedern die Erwartung, der „gemeinsamen Sache“ gerecht zu werden (welcher er in seiner eigenen Praxis auch implizit selbst entspricht) und Nabil sieht sich als parteigebundener Abgeordneter dem Anspruch ausgesetzt, ein „braves Mitglied“ zu werden. In beiden Fällen ist es eine bestimmte Form (eines hierarchisierten) „Wir“, das durch die Adressierung der kollektiven Identitätsnormen jeden Einzelnen für die Her- und Sicherstellung einer – allerdings unscharf bleibenden – kollektiven (Partei-)Identität in die Pflicht nimmt, indem sie entsprechenden Handlungs(an)geboten Folge leisten sollen, um damit (wieder) Teil des Kollektivs werden zu können. Insofern stellen sie Subjektivierungsangebote aus der Partei bereit, d.h. sie bieten relevante Praktiken und Deutungsweisen für kontingentes parteipolitisches Handeln, die, wie im Falle Hellmuth, identitätsstiftenden Charakter besitzen können. In diesem Sinne ließe sich auch von dominanten Organisationsprinzipien bzw. hegemonialen Formen des Organisierens sprechen, durch die „andere Formen der Formierung von Kooperation [...] ausgeschlossen, entmutigt, delegitimiert werden“ (Bruch und Türk 2005, S. 90f.).

Die kollektiven Identitätsnormen finden sich dabei nicht auf Ebene einer

formalen, kodifizierten Erwartungsstruktur, vielmehr richtet sich der Blick hier auf eine bestimmte Organisations- bzw. Parteikultur und auf Aspekte ihrer Ausgestaltung, wie sie in Form der rekonstruierten Parteiordnung der asymmetrischen Herstellung von Konsens und Verordnung von Gemeinschaft ausbuchstabiert sind.

Die Erfüllung der Bedingungen einer parteipolitisch regulierten Praxis, bzw. die Anerkennung der kollektiven Identitätsnormen, entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen für eine Karriere im Rahmen einer bona fide Mitgliedschaft vorliegen, und sorgen dadurch für eine Persistenz dieser parteilichen Strukturen. Insbesondere der Fall Nabil zeigt allerdings, dass diese nicht starr, sondern Schauplatz von Auseinandersetzungen ist, und dass, auch wenn – wie im empirischen Material offensichtlich wurde – Abweichungen stets mit Sanktionen verbunden sind, Veränderungen nicht ausgeschlossen werden können.

6. Fazit und Ausblick

Ausgangspunkt des Beitrags war die Frage nach dem Verhältnis von Abgeordneten und Partei bzw. deren dominanten Organisationsprinzipien. Dabei ging es insbesondere um die Frage nach den, mit der Parteimitgliedschaft in Verbindung stehenden Erwartungen und ihrer Beziehung zur habituellen Praxis von Landtagsabgeordneten. Ziel des Beitrags war es, eine Perspektive aufzuzeigen, mit der sich dem genannten Forschungsinteresse methodisch fruchtbar begegnen lässt.

Das illustrierende Vorgehen und die beispielhafte Analyse haben nun gezeigt, dass die Abgeordneten in ihrem Verhältnis zur Partei gleichartigen und parteiübergreifenden normativen Strukturen gegenübergestellt sind, die eine Bezugnahme einfordern. Die von beiden Abgeordneten diesbezüglich wahrgenommenen Erwartungen beziehen sich auf das Anerkennen und das Aufrechterhalten der parteilichen Hierarchien wie eines entsprechend asymmetrischen Zusammenhangs eines (parteilichen) Kollektivs. Während im Fall Hellmuth ein sozialisatorisches Einfügen in diese Strukturen rekonstruiert wurde, indem er entsprechend andere Mitglieder mit gleichartigen Erwartungen einer Anpassung adressiert, ließ sich im Fall Nabil ein oppositionelles Einwirken auf jene normativen Strukturen rekonstruieren, die von Seiten der Partei allerdings mit Sanktionen beantwortet wurden. Hierbei konnte festgestellt werden, dass die an das parteipolitische Verhalten gerichteten (aber auch an das Selbstverständnis als Parteimitglied adressierten) Erwartungen, also nicht so sehr die Einhaltung von formellen (expliziten) als vielmehr informelle Regeln fokussieren, bzw. die Orientierung an einer spezifischen Parteikultur einfordern. Trotz der kleinen Fallzahl lässt sich durch die rekonstruierten Homologien der diesbezüglichen Erfahrungen eine (partei)übergreifende normative Parteiordnung vermuten. Vor diesem Hintergrund scheint es ergiebig, den aufgezeigten Hinweisen wei-

ter nachzugehen, um machttheoretische Aspekte einhergehender parteilicher Organisationsprinzipien stärker beleuchten zu können, insbesondere mit Blick auf parteiinterne Rekrutierungs- und Honorierungspraxen.

Deutlich wurde zudem, dass die Partei als Organisation über eine Logik der bedingten Zugehörigkeit operiert und strukturiert ist, die über prozessierende kollektive Identitätsnormen (hinsichtlich ‚echter‘ und legitimer Zugehörigkeit) Praktiken des parteilichen Raumes reguliert und Subjektivierungsangebote als legitime bona fide-Zugehörige bereitstellt. Diese Subjektivierungsangebote hängen mit einer spezifischen (hierarchisch strukturierten und in Geschlossenheit formierten) und über die Formalstruktur hinausgehende Organisationsform und Subjektivität von Partei als Kollektiv zusammen. Wenn nun nach Luhmann die Funktion der Politik in der Vorbereitung und Bereithaltung der Möglichkeit für kollektiv bindende Entscheidungen besteht (2002, S.84f.) und, wie Siri hervorhebt, Parteien dieser Idee nach vor allem für ersteres zuständig sind (2012, S. 95), dann lässt sich in der rekonstruierten parteikulturellen Organisationsform als spezifische Verbindung von formalen Hierarchien und informellen Praktiken der Verordnung von Gemeinschaft und asymmetrischen Herstellung von Konsens ein *Mechanismus* zur Herbeiführung von kollektiver Handlungs- bzw. Entscheidungsfähigkeit unter sonst einer sich durch hohe Kontingenz auszeichnende Situationen ausmachen. Aus organisationstheoretischer Sicht kann die innerparteiliche Akteur*innenvielfalt über solch dominante Organisationsprinzipien bis zu einem gewissen Grad (und nie endgültig) funktional reguliert und die eigene (Re)konstituierung der Partei als Organisation aufrechterhalten werden.

Hieran schließt sich allerdings etwa die Frage an, inwiefern eine solche, sich in und durch Einheitlichkeit auszeichnende kollektive Subjektivität der Partei von parteiexternen gesellschaftlichen Diskursen getragen und bedingt wird, die eine Unterstellung von parteilicher Geschlossenheit als positiv und notwendig für einen funktionierenden Politikbetrieb behaupten und dadurch wiederum andere Formen des parteiinternen Organisierens (wie sie etwa von Nabil angestrebt werden) delegitimieren. Eine Erweiterung der Perspektive der hier vorgenommenen Untersuchung von Subjektivierung *in* Parteien könnte zur Beantwortung dieser Frage fruchtbar ergänzt werden von einer Perspektive der Subjektivierung *von* Parteien.

Literatur

- Amling, S., und A. Geimer. 2016. Techniken des Selbst in der Politik – Ansatzpunkte einer dokumentarischen Subjektivierungsanalyse. Forum: Qualitative Sozialforschung. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewFile/2630/4038%20>. Zugegriffen: 15. August 2018.
- Amling, S., und A. Geimer. 2018. Das Wissen der Abgeordneten. Ein empirischer Zugang zur Analyse der normativen Ordnung professioneller Politik. In Soziologie der Parlamente. Neue Wege der politischen Institutionenforschung, Hrsg. J. Brichzin, D. Krichewsky, L. Ringel und J. Schank, 175-208. Wiesbaden: Springer VS.

- Bohnsack, R. 2014a. *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*. 9. Aufl. Opladen u. Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Bohnsack, R. 2014b. *Habitus, Norm und Identität*. In *Schülerhabitus. Theoretische und empirische Analysen zum Bourdieuschen Theorem der kulturellen Passung*, Hrsg. W. Helsper, R.-T. Kramer und S. Thiersch, 33-54. Wiesbaden: Springer VS.
- Bohnsack, R. 2017. *Praxeologische Wissenssoziologie*. Opladen u. Toronto: Barbara Budrich.
- Brichzin, J., D. Krichewsky, L. Ringel und J. Schank, Hrsg. 2018. *Soziologie der Parlamente. Neue Wege der politischen Institutionenforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bröckling, U. 2012. *Der Ruf des Polizisten. Die Regierung des Selbst und ihre Widerstände*. In *Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie der Subjektivierung in der Diskursforschung*, Hrsg. R. Keller, W. Schneider und W. Viehöver, 131–144. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bröckling, U. 2017. *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. 2. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bröckling, S., und S. Krasmann. 2010. *Ni méthode, ni approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung*. In *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*, Hrsg. S. van Dyk, und J. Angemüller, 23-43. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bruch, M., und K. Türk. 2005. *Organisation als Regierungsdispositiv der modernen Gesellschaft*. In *Organisationsgesellschaft*, Hrsg. W. Jäger und U. Schimank, 89-123. Wiesbaden: Springer VS.
- Butler, J. 2001 [1997]. *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, J. 2009 [2004]. *Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. 1986 [1984]. *Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. 1994 [1982]. *Das Subjekt und die Macht*. In *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Hrsg. H. L. Dreyfus, P. Rabinow und Ders., 243-261. Weinheim: Beltz.
- Friedberg, E. 1995 [1993]. *Ordnung und Macht. Dynamiken organisierten Handelns*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Geimer, A., und S. Amling. 2019. *Subjektivierungsforschung als rekonstruktive Sozialforschung vor dem Hintergrund der Governmentality und Cultural Studies. Eine Typologie der Relation zwischen Subjektnormen und Habitus als Verhältnisse der Spannung, Passung und Aneignung*. In *Subjekt und Subjektivierung. Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse*, Hrsg. A. Geimer, S. Amling und S. Bosančić, 19-42. Wiesbaden: Springer VS.
- Geulen, D. 2014. *Ungelöste Probleme im sozialisatorischen Diskurs*. In *Sozialisations-theorie interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven*, Hrsg. D. Geulen und H. Veith, 3-20. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hartz, R. 2018. *We Are Family? Anrufungen organisationaler Gemeinschaft zwischen Unterwerfung und Emanzipation*. In *Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven*, Hrsg. T. Alkemeyer, U. Bröckling und T. Peter, 195-217. Bielefeld: transcript.
- Jun, U. 2013. *Typen und Funktionen von Parteien*. In *Handbuch Parteienforschung*, Hrsg. O. Niedermayer, 119-147. Wiesbaden: Springer VS.

- Kühl, S., und J. Muster. 2016. Organisationen gestalten. Eine kurze organisationstheoretische Handreichung. Wiesbaden: Springer VS.
- Luhmann, N. 2002. Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mannheim, K. 1980 [1922-1925]. Strukturen des Denkens. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meuser, M., und U. Nagel. 1997. Das Experteninterview – Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Hrsg. B. Friebertshäuser und A. Prengel, 481-491. Weinheim u. Basel: Beltz.
- Niedermayer, O. 2013. Die Analyse einzelner Parteien. In Handbuch Parteienforschung, Hrsg. O. Niedermayer, 61-83. Wiesbaden: Springer VS.
- Nohl, A.-M. 2008. Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Peter, T. 2018. Kollektivität durch Adressierung. Systemtheoretische Perspektiven auf die Subjektivierung von Interaktion, Organisation und Gemeinschaft. In Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven, Hrsg. T. Alkemeyer, U. Bröckling und T. Peter, 33-53. Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, A. 2008. Subjekt. Bielefeld: transcript.
- Ricken, N. 2013. Zur Logik der Subjektivierung. Überlegungen an den Rändern der Konzepte. In Techniken der Subjektivierung, Hrsg. A. Gelhard, T. Alkemeyer und N. Ricken, 29-49. München: Wilhelm Fink.
- Ricken, N., und J. Wittpoth. 2017. Sozialisation? Subjektivation? Ein Gespräch zwischen den Stühlen. In Pierre Bourdieu: Pädagogische Lektüren, Hrsg. M. Rieger-Ladich und C. Grabau, 227-255. Wiesbaden: Springer VS.
- Saar, M. 2013. Analytik der Subjektivierung. Umriss eines Theorieprogramms. In Techniken der Subjektivierung, Hrsg. A. Gelhard, T. Alkemeyer und N. Ricken, 17-28. München: Wilhelm Fink.
- Supik, L. 2005. Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik. Bielefeld: transcript.
- Softić, D. 2016. Migranten in der Politik: eine empirische Studie zu Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund. Wiesbaden: Springer VS.
- Siri, J. 2012. Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form. Wiesbaden: Springer VS.
- Wiesendahl, E. 2013. Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In Handbuch Parteienforschung, Hrsg. O. Niedermayer, 13-61. Wiesbaden: Springer VS.